



„Unsere Zukunft ist jetzt!“

Die Empfehlungen des Zukunftsrates Mecklenburg-Vorpommern.

„Evangelische Stimmen“, 12/21

Welche Weichen für die Zukunft müssen wir schon heute stellen?

Ein Thema im Rahmen der diesjährigen Akademiewoche in Rostock waren die Empfehlungen des im September 2020 von der Landesregierung einberufenen „Zukunftsrates Mecklenburg-Vorpommern“. Eingeladen hatten KDA und Ev. Akademie gemeinsam. Im gut besuchten „Salon A Rebours“ wurde der lebendige Vortrag von Andrea Krönert (Rostock), Frauke Lietz (Güstrow) und Jörn Mothes (Schwerin) mit regem Interesse aufgenommen und diskutiert.

Mit der Vorlage eines „Aufbruchsdocuments“ hat der Zukunftsrat seine Aufgabe erfüllt und sich aufgelöst. Doch die eigentliche Arbeit beginnt jetzt erst. Denn die Ideen wollen aufgegriffen, weiterentwickelt und praktisch umgesetzt werden. Daher sammelt sich aus dem ehemaligen Zukunftsrat heraus derzeit die überparteiliche und zivilgesellschaftliche „Initiative Zukunftshandeln MV“. Diese Plattform lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit ein. Ziel ist es, die Landespolitik konstruktiv und kritisch zu begleiten auf dem Weg zu einem nachhaltig und gemeinwohlorientiert aufgestellten Bundesland.

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Dass die Schweriner Landesregierung einen Zukunftsrat einberufen hat, ist für sich genommen nichts Besonderes. Zukunftsräte gibt es derzeit allerorten. Bemerkenswert ist jedoch, dass in das Beratungsgremium der Landespolitik nicht die „üblichen Verdächtigen“ wie Gewerkschaften, Interessenverbände und Kirchen, sondern ausschließlich Einzelpersonlichkeiten berufen wurden, die ausdrücklich *nicht* für die Position einer bestimmten Institution, einer Partei oder eines Verbandes stehen. Das hat in der Tat für Irritation und Unmut gesorgt. Der Auftrag von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) an Jörn Mothes, den Referatsleiter Grundsatzfragen der Zukunft, Entwicklungszusammenarbeit in der Schweriner Staatskanzlei lautete jedoch ausdrücklich, einen Prozess, „*quer zum üblichen Verwaltungshandeln*“ zu entwickeln. – Das scheint geglückt zu sein. Ergänzend zu den bereits (reichlich) vorhandenen Gremien wurde ein neues, zeitlich befristetes Beteiligungsinstrument erprobt, das einen starken Impuls für einen Paradigmenwechsel im Land erzeugt hat. Die Idee: Neunundvierzig unabhängige Bürgerinnen und Bürger entwickeln in einer „Schwarmintelligenz“ Vorschläge, wie die siebzehn Nachhaltigkeitsziele der UN („Sustainable Development Goals – SDG“) zeitnahe in praktische Landespolitik umsetzbar sind.

Auftaktdokument statt Abschlussbericht. In einer für Beteiligungsprozesse ungewöhnlich kurzen Zeit und trotz der Corona-Beschränkungen hat der Zukunftsrat schon ein halbes Jahr später seinen Bericht vorgelegt: „Unsere Zukunft ist jetzt!“. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat ihn angenommen. Völlig überraschend stimmten anschließend auch alle (!) im Landesparlament vertretenen Fraktionen dem Bericht zu. Da es die letzte Sitzung der Legislaturperiode war, wäre der Bericht andernfalls vermutlich vom Tisch gewesen. Was viele erwartet und manche vielleicht sogar heimlich erhofft hatten, trat jedoch nicht ein. Die Vorschläge des Zukunftsrates werden nicht in Schubladen und Aktenschränken verschwinden. Im Gegenteil, alle Fraktionen haben sich verpflichtet, die Empfehlungen des Zukunftsrates auch in der neuen Legislaturperiode in den parlamentarischen Ausschüssen zu bearbeiten. Und im gerade ausgehandelten Koalitionsvertrag von SPD und DIE LINKE ist festgehalten: „Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Nachhaltigkeit das Prinzip des künftigen Regierungshandelns sein muss. Die Koalitionspartner werden die Empfehlungen des Zukunftsrates Mecklenburg-Vorpommern in ihre Arbeit einbeziehen.“ (174) Schon jetzt sind Mitarbeitende in den Landesministerien gehalten, sich in ihren Planungen auf die Vorschläge des Zukunftsrates zu beziehen. „Dass ein politischer Meinungsbildungsprozess in einer derartigen Geschwindigkeit ablaufen kann, ist höchst bemerkenswert“, so Jörn Mothes.

Es ist kein Geheimnis, dass im parlamentarischen Alltag die Zustimmung oder Ablehnung von Vorschlägen oft nicht daran hängt, ob sie sinnvoll sind, sondern von welcher Partei sie kommen. Die ausdrückliche Überparteilichkeit und Unabhängigkeit des Zukunftsrates hat die Annahme seines Berichtes offensichtlich erleichtert. Positiv hat sich gewiss auch ausgewirkt, dass alle Fraktionen, aber auch Verbände und Körperschaften unabhängige Personen für die Berufung in den Zukunftsrat vorschlagen konnten – und dies auch getan haben.

Die Logik der Nachhaltigkeit. Schon durch die Besetzung des Zukunftsrates wurde das sogenannte *Nachhaltigkeitsdreieck* als tragende Struktur für alle künftige Planungen implementiert. Denn vorgeschlagen werden konnten nur Persönlichkeiten, die neben ihrer Unabhängigkeit eine ausgewiesene Kompetenz entweder im Bereich der *Wirtschaft*, der *Ökologie* oder des *Sozialen* einbringen konnten. Die drei Zieldimensionen des Nachhaltigkeitsdreiecks sind gleichwertig. Sie stehen niemals isoliert für sich, sondern funktionieren langfristig nur als System: Wirtschaftlich kann auf Dauer nur sein, was zugleich auch ökologisch und sozial verträglich ist. Und der sorgsame Umgang mit der Natur ist nicht von einer Orientierung auf das Gemeinwohl zu trennen – zu dem wiederum auch eine funktionstüchtige Wirtschaft gehört.

Soweit die Theorie. In der Praxis von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Interessenverbänden wird in aller Regel jedoch nicht systemisch, sondern entlang von Zuständigkeiten, Interessen und Ressorts gedacht. Insofern lag der Zukunftsrat schon von seinem Aufbau her tatsächlich „quer zum üblichen Verwaltungshandeln“.

Wie zu erwarten, gab (und gibt) es Kommentare wie: „Da geht es nur um Nachhaltigkeit, die eigentliche Wirtschaft kommt ja gar nicht vor.“ Doch der Lernprozess hat begonnen. Zunächst im Zukunftsrat selber. Da saßen - wegen der Pandemie fast nur online - Persönlichkeiten beieinander, die ansonsten kaum miteinander gesprochen, geschweige denn einander ernsthaft zugehört hätten. Das Ergebnis war verblüffend: „Endlich habe ich verstanden“, so beispielsweise der Geschäftsführer eines großen Unternehmens, „warum wir eine Jugendbeteiligung brauchen, die mehr ist als eine Worthülse.“ Zu verdanken war dieses Ergebnis auch der klugen und engagierten Moderation durch die Mitarbeiterinnen der jungen Rostocker Unternehmensberatung „fint e.V.“. Der gemeinnützige Verein hat bis zur Entwicklung einer passenden Rechtsform auch die Trägerschaft für die „Initiative Zukunftshandeln MV“ übernommen.

Die grundlegende Forderung, auf die sich der Zukunftsrat geeinigt hat: Bei allen künftigen Entwicklungen im Land, bei allen Planungen und Entscheidungen soll das *Nachhaltigkeitsdreieck* berücksichtigt werden – was nun tatsächlich auch als Absichtserklärung im Koalitionsvertrag verankert wurde. Die Ratsmitglieder selber haben im kleinen Kreis bereits vorgemacht, dass und wie das funktionieren kann. In der alltäglichen Praxis von Politik, Verwaltungen, Wirtschaft, Kultur, Verbänden und Zivilgesellschaft muss die Logik der Nachhaltigkeit erst noch geduldig kommuniziert und eingeübt werden. Denn es gehört Mut dazu, vertraute Pfade und Denkgewohnheiten zu verlassen und neuen Erzählungen zu folgen: Dass Nachhaltigkeit kein Steckenpferd für Naturfreunde ist. Dass Nachhaltigkeit die Wirtschaft keineswegs ruiniert, sondern zukunftsfähig macht. Dass Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung kein teurer Luxus, sondern notwendige Investitionen in die Zukunft sind.

Keine Zukunft ohne Herkunft. Und noch eine weitere Grundentscheidung lässt der Zukunftsrat schon in seiner Präambel erkennen: „Zukunft ist auch Herkunft.“ Das bedeutet, dass die bisherigen Leistungen, das Lebensgefühl und die Identität der Menschen im Land nicht pauschal abgewertet werden. Vorhandenes wird nicht abgewertet, um daraus die Notwendigkeit eines Wandels zu legitimieren. Es geht nicht um linearen „Fortschritt“ oder einseitige „Modernisierung“, sondern um eine Transformation, einen Paradigmenwechsel in der Gesellschaft. Die Menschen und die Gegebenheiten werden dabei nicht als Hypothek, sondern als Ressource wahrgenommen und in die Transformation mit hineingenommen.

Die ausdrückliche Würdigung der vorhandenen Ressourcen ist es, die dem Bericht möglicherweise seinen besonderen Charme und seine Überzeugungskraft verleiht. Hier wird eine Zukunft projiziert, die nicht durch drastische Sparmaßnahmen, Opfer und Traditionsabbrüche gewonnen werden soll, sondern durch eine kluge Besinnung auf die vorhandenen Möglichkeiten. - Und diese sind vollkommen ausreichend, gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern. So werden das relativ niedrige Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die dünne Besiedelung des Landes immer noch als Standortnachteil kommuniziert. Doch das BIP ist als Maßstab für die Lebensqualität bekanntlich kaum geeignet. Die individuelle Zufriedenheit wächst mit der Höhe des finanziellen Einkommens – jedoch nur bis zu einer empirisch bestimmbaren, gar nicht mal so hohen Einkommensgrenze. Danach werden andere Faktoren wichtiger: eine intakte Natur, gute Arbeit, soziale Netzwerke, Entwicklungschancen, Beteiligungsmöglichkeiten, eine funktionierende Verwaltung. Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Menschen und natürlichen Ressourcen lädt zur Umsetzung dieser Visionen geradezu ein. Das Ziel ist eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Gesellschaft, die technische Instrumente wie die Digitalisierung klug zu nutzen versteht. Jedoch, so die Mahnung der Zukunftsrates: „Das alles wird scheitern, wenn es nicht gelingt, den politischen Mut dafür aufzubringen.“

„Zukunft beginnt genau jetzt!“ Um für die Zukunft auf die richtigen Gleise zu kommen, müssen die Weichen schon heute gestellt werden. Die vom Zukunftsrat vorgeschlagenen *Weichenstellungen* sind unter anderem: Nachhaltigkeit wird zur politischen Allgemeinnorm und ressortübergreifendes Arbeiten zum Standard, Gemeinwohlorientierung wird ein Kriterium in Vergabeverfahren, ein Jugendmitwirkungsgesetz wird verabschiedet und auch ein Landesklimaschutzgesetz.

Als *Handlungsfelder* hat der Zukunftsrat zum Beispiel den Bildungsbereich identifiziert, die Stärkung der Mitspracherechte von Heranwachsenden, die Förderung einer klima- und biodiversitätsfreundlichen Landwirtschaft, die Entwicklung erneuerbarer Energieträger, Investitionsförderung für die Kreativwirtschaft, ein Landesprogramm für nachhaltigen Tourismus.

Zahlreich sind auch die vorgeschlagenen *Instrumente* wie die Stärkung kleinerer Schulklassen, nationale und internationale Schulkooperationen zu Klima, Biodiversität und Wirtschaft, Förderung von Innovation, Modellvorhaben für gemeinwohlorientierte, dezentrale Energieversorgung.

Sicher werden nicht alle der zahlreichen Vorschläge umsetzbar sein. Manches klingt vielleicht zu phantastisch, anderes zu schön, um wahr werden zu können. Und das muss auch gar nicht sein. Es sind letztlich Beispiele, die für etwas anders stehen. „Wir wünschen uns“, so der Zukunftsrat in seinem Schlusswort, „eine Kultur der Neugier und des Mutes. Zukunftsgestaltung gelingt nur dann, wenn nicht Angst vor Veränderung vorherrscht, sondern Lust an kreativer und partizipativer Gestaltung hin zum Besseren. Das Gegenteil von Unternehmungen sind Unterlassungen.“

Keine einseitige „Modernisierung“, sondern Transformation zur Nachhaltigkeit. Viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben mit dem Leitbild einer „Modernisierung“ nach 1990 durchaus ambivalente Erfahrungen gemacht. Als Zielvorstellung für die notwendige Modernisierung der desolaten Wirtschaft und Gesellschaft galt allein das neoliberale Modell. „Da man auf die spontane Selbstorganisation der entfesselten Marktkräfte hoffte, blieben Anstrengungen, ein breiteres ökonomisches Transformationsprogramm zu entwerfen, begrenzt.“ So der Berliner Makrosoziologe Steffen Mau. Ebenso beschränkte sich die Einführung demokratischer Institutionen und Regelwerke hauptsächlich auf formale Strukturen. „Soziale Praktiken, Interessen und Motivationen, also die nichtinstitutionellen Voraussetzungen von Institutionen, wurden vernachlässigt.“ (Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin, 2019, S. 138)

Dreißig Jahre später sind die „Grenzen des Wachstums“ und die problematischen Folgen einer einseitig neoliberalen Agenda unübersehbar geworden. Es ist jetzt an der Zeit, neu zu definieren, was „Modernisierung“ in Bezug auf Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet. Der vom Zukunftsrat eingeforderte Paradigmenwechsel hin zu einer *systematischen* Berücksichtigung der Zieldimensionen des Nachhaltigkeitsdreiecks (Wirtschaft, Ökologie, Soziales) könnte hierfür beispielhaft sein. Denn mit der Fixierung auf ein ganz bestimmtes Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft ist in der Vergangenheit nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch für andere Bundesländer ein viel zu enger Korridor gesellschaftlicher Entwicklung vorgezeichnet worden, der jeden Eigensinn, jede Pfadabweichung oder Neuerfindung von vorneherein ausschließt. Gerade diese Tugenden sind es aber, mit denen sich Zukunft gewinnen lässt.

Adressen zur Information und zum Mitmachen:

Auf der Webseite der „**Initiative Zukunftshandeln MV**“ gibt es einen Link zu einem Kontaktformular. Damit kann man sich:

- für den Email-Verteiler eintragen lassen,
- Interesse für die Mitgestaltung signalisieren,
- oder Anmerkungen, Anregungen und Kritik übermitteln:

<https://www.fint.team/initiative-zukunftshandeln-mv/>

Herunterladen der Empfehlungen des Zukunftsrates z.B. unter:

<https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Themen/Zukunftsfragen/>

Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper

Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt - KDA

Pfarrstelle für den KDA Mecklenburg-Vorpommern

18055 Rostock Am Ziegenmarkt 4

Tel: 0173/8053857 / juergen.kehnscherper@kda.nordkirche.de / www.kda.nordkirche.de